



Evangelische Akademikerschaft in Deutschland (EAiD) e.V.
Kniebisstr. 29, 70188 Stuttgart

Tel.: 0711 - 28 20 15
Fax: 0711 - 262 81 15
evangakadid@t-online.de
<http://www.ekd.de/akademiker>

Für ein gerechtes Weltfinanzsystem Impulse aus christlicher Verantwortung ???

Worum geht es?

Unsere Welt leidet unter einem Mangel, der einem Skandal gleichkommt. Das ist die weitverbreitete Armut. Die Weltbank schätzt die Zahl der Armen, also die Zahl derer, die mit weniger als einem US-Dollar je Tag auskommen müssen, weltweit auf 1,2 Milliarden Menschen, also auf etwa ein Fünftel der Weltbevölkerung. Fast die Hälfte der Weltbevölkerung, rund 2,8 Milliarden Menschen, muss mit einem Einkommen von weniger als zwei US-Dollar je Tag leben. Das Durchschnittseinkommen in den 20 reichsten Ländern der Welt ist 37 mal höher als das in den 20 ärmsten Ländern. Die Einkommenslücke zwischen diesen Ländergruppen hat sich in den letzten 40 Jahren verdoppelt. In den ärmsten Ländern der Welt ist die Hälfte aller Kinder unter fünf Jahren unterernährt, und 20 von 100 Kindern sterben, bevor sie fünf Jahre alt werden.

Was ist Armut? Arme haben nicht das Einkommen, das ausreichen würde, elementare Bedürfnisse zu befriedigen. Sie sind ohnmächtig gegenüber staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen. Arme haben keine Verhandlungsmacht und keine Stimme. Kränkung, Erniedrigung und Ausbeutung sind ihr Alltag. Wirtschaftliche Chancen außerhalb ihres kleinen Umfelds können sie nicht wahrnehmen. Soziale Normen und Barrieren verstärken die Ohnmacht, bei einer eklatanten Ungleichheit von Männern und Frauen in fast allen Ländern.

Die Armen sind Risiken ausgesetzt, die außerhalb ihrer Gemeinschaft ihren Ursprung haben. Dazu zählen zum Beispiel Unwetter durch vom Menschen beeinflusste Klimaveränderungen, Ausbrüche von Gewalt nach der Lieferung von Waffen und massive Geldentwertung als Folge von Finanzkrisen. Die Industrieländer, die die Hauptverantwortung für diese Risiken tragen, haben sich bisher als unfähig erwiesen, dagegen vorzugehen.

Was geht das uns an?

Beginnen wir bei uns selbst, der EAiD. Paragraph 1 unserer Satzung besagt: " Die Evangelische Akademikerschaft in Deutschland ist eine Gemeinschaft von Menschen, die sich in ihrem Denken und Handeln am christlichen Glauben orientieren. Ihre Mitglieder suchen Antworten auf die gesellschaftlichen, politischen und kirchlichen Fragen der Gegenwart im Sinne der befreienden Botschaft der Bibel ". Was heißt das für das skandalöse Phänomen Armut in unserer Welt? Welche Handlungsansätze folgern wir daraus?

1. *Das Gottesbild*

Der Gott der Bibel ist zuerst und vor allem ein "Liebhaber des Lebens". Er will die Welt gut, freundlich, bewohnbar für die Menschen.. Er hat die Menschen nicht geschaffen, dass sie verhungern, gar schon in den ersten Lebensjahren, sondern dass sie auf seiner Erde anständig leben können. Er ist ein fürsorgender Gott, der aus Unterdrückung herausführt und "zur Freiheit befreit". Er ist ein Gott der Gerechtigkeit, der nicht zulassen will, dass Menschen ihrer elementaren Lebensrechte beraubt werden.

Wer an den Gott der Bibel glaubt, - Christen also und schon vor ihnen Juden - kommt zu einer eindeutigen Erkenntnis: Daß es Armut solchen Ausmaßes in unserer Welt gibt, ist widergöttlich. Wir haben es hier mit einem Phänomen zu tun, das biblisch den "Mächten und Gewalten" zuzurechnen ist, die gegen Gott streiten. Man kann sagen, dass in ihrem Herrschaftsbereich noch heute Menschenopfer gebracht werden, wenn zum Beispiel durch Spekulationen wirtschaftliche und soziale Katastrophen ausgelöst werden und den Armen plötzlich das Geld fehlt, das sie zum Leben brauchen. Dem Gott der Bibel zu folgen, heißt in diesem Zusammenhang heute, auf der Seite der Armen zu stehen und sich ihretwegen um eine Humanisierung der Weltfinanzordnung zu bemühen.

2. *Der Schöpfungsgedanke*

"Die Erde ist des Herrn..., der Erdkreis und die darauf wohnen", - dieser Psalmvers bedeutet für uns: Gott allein gehört diese Erde, uns ist sie nur geliehen. Sie ist unser 'oikos', das Haus unseres Lebens. Wir haben keine Verfügungsmacht über sie, sondern eine Sorgepflicht, die darin besteht, das Leben zu erhalten und zu bewahren; "das Leben gegen die Mächte des Todes und der Zerstörung zu behaupten"; so formulierte die Weltversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1990 in Seoul. Das schließt ökonomische Aktivität ein und begrenzt sie zugleich. Gottes Geschöpfe sind Ihm und untereinander gleich wertvoll und wie alles Leben auf der Erde heilig.

3. *Die Praxis Jesu*

Jesus von Nazareth hatte ein Herz für die Schwachen und an den Rand Gedrängten: die Kinder, die Kranken, die Unfrommen, die Kollaborateure Roms.... Was trieb ihn dazu? Es war sein Glaube! Er nahm Gott ernst. Er nannte ihn Vater und lebte mit seinen Geboten. Und so tat er, was sonst damals keiner wagte. Er verhalf denen zum Recht, die keines zu haben schienen. Er tröstete die Verzweifelten. Abgeschobene nahm er barmherzig an. Und viele ließ er seine Tischgemeinschaft erfahren. Denn er war gewiss, dass mit ihm das grosse Entschuldungsjahr gekommen war, von dem im 3. Buch Mose seiner Bibel berichtet wurde, und das allen einen neuen Anfang vor Gott und den Menschen ermöglichen würde.

Wer sich zu den Nachfolgerinnen und Nachfolgern Jesu zählt, richtet sein Leben an dem Glauben Jesu aus. Sie berauben ihre Mitmenschen nicht. Sie arbeiten dafür, daß auch den fernsten Nächsten geholfen wird. Sie üben Barmherzigkeit und streiten für Gerechtigkeit. Sie nehmen nicht, sie geben Leben.

Was geht uns die weltweite Armut an und was haben wir mit ihren Ursachen zu tun?

Schon 1934 formulierte die Bekennende Kirche in ihrer Barmer Theologischen Erklärung: *Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären...* Heute ist Armut eine Herausforderung an uns, uns für mehr Gerechtigkeit unter den Bewohnern der Erde einzusetzen.

Was ist zu tun?

Armut ist das Ergebnis von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen, die in einander verwoben sind und die Not der Armen vergrößern oder lindern können. Die Armut zu bekämpfen erfordert - so die Weltbank in ihrem Weltentwicklungsbericht 2000/2001 -, " dass die Armen Chancen erhalten, sich aus ihrer Ohnmacht befreien und in größerer Sicherheit leben."

Chancen erhalten die Armen durch Bildung, Landreform, Gesundheitsdienste sowie durch den Zugang zu Krediten und sozialen Diensten. Den Armen Chancen zu geben, erfordert jedoch vor allem, dass sie Zugang zu Märkten erhalten. Die Weltbank schätzt, dass die Entwicklungsländer durch Protektionismus und Subventionen der Industrieländer Wohlstandseinbußen in Höhe von rund 20 Milliarden US - Dollar jährlich erleiden, was ungefähr 40% der öffentlichen Entwicklungshilfe dieser Länder entspricht.

Aus der Ohnmacht befreien sich die Armen, wenn sie sich an politischen Prozessen beteiligen. Durch globale Aktionen kann die Verhandlungsmacht von armen Ländern auf der internationalen Ebene gestärkt werden. Sie sollten mehr Gewicht in internationalen Organisationen erhalten, damit Vereinbarungen, z. B. über Handel, Investitionen und geistige Eigentumsrechte, ihre Interessen und Bedürfnisse widerspiegeln.

Mehr Sicherheit für arme Menschen erfordert, dass sich ihre Verwundbarkeit durch Risiken wie Kriege, Krankheiten, Naturkatastrophen und wirtschaftliche Schocks verringert. Daher kommt neben dem Schutz der Umwelt, der Kontrolle des internationalen Waffenhandels vor allem der globalen Finanzmarktstabilität eine zentrale Bedeutung zu. Die internationale Finanzarchitektur muß gestärkt und das internationale Finanzmanagement muß verbessert werden, da Fehlentwicklungen auf diesem Sektor für arme Menschen verheerende Auswirkungen haben.

Beispiele für Strategien für ein alternatives Weltfinanzsystem.

Die real existierenden Finanzmärkte haben sich in der Vergangenheit als irrational, schädlich und ungerecht erwiesen. Das Krisenpotential im internationalen Finanz- und Währungssystem hat sich im vergangenen Jahrzehnt erweitert und verändert und wird vermutlich auch in der nahen Zukunft zunehmen, wenn die Entwicklung so ungebremst weiter verläuft wie bisher. Es geht nicht an, dass sich Regierungen, wie kürzlich gefordert, nach den Wünschen der Kapitalanleger richten, also ihre Wirtschaftspolitik an den Interessen von Kapitalbesitzern und Vermögensverwaltern orientieren. Die Politik darf nicht von den Finanzmärkten kontrolliert werden, sondern die Finanzmarktakteure müssen umgekehrt einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

Offensichtlich kommt es darauf an, langfristige Investitionen zu fördern, spekulative Geschäfte drastisch zu reduzieren und dabei die Finanzmärkte so zu gestalten, dass sie zu einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung beitragen. Die EAiD schließt sich einer weltweiten Bewegung zivilgesellschaftlicher Organisationen an, die diese Ziele verfolgen. Dabei konzentriert sie sich auf drei Maßnahmen. Sie fordert die Besteuerung von Devisentransaktionen (Tobin-Steuer), die Abschaffung von Offshore-Finanzzentren und Steuerparadiesen und die Fortsetzung aller Initiativen zur Entschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern durch faire Schiedsverfahren und ein internationales Insolvenzrecht.

Die Tobinsteuer.

Im Zuge der Diskussion über die Reform der internationalen Finanzarchitektur, die nach der asiatischen Finanzkrise weltweit in Gang gekommen ist, wird verstärkt auch die Einführung einer Devisenumsatzsteuer, der sog. Tobinsteuer, gefordert. Es gibt dazu Initiativen in den USA, in Kanada, England, Frankreich, Belgien, aber auch in Schwellen- und Entwicklungsländern. In Deutschland beteiligen sich seit dem Jahr 2000 mehr als 70 Nichtregierungsorganisationen an attac, einem "Netzwerk zur demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte" unter anderem mit dem Ziel, eine Devisenumsatzsteuer in Deutschland und in Europa durchzusetzen. Über Kairos Europa ist die EAiD dort vertreten. Der Widerstand gegen die Tobinsteuer ist jedoch groß. Die USA lehnen eine Besteuerung von Devisentransaktionen kategorisch ab. Daneben kommt der Widerstand, wie zu erwarten, von den Finanzmarktakteuren sowie deren akademischem Umfeld.

In der Tat gibt es einige ernst zu nehmende Einwände gegen die Tobinsteuer in ihrer ursprünglichen Fassung. Inzwischen sind jedoch Varianten konzipiert worden, die die Effektivität der Steuer erhöhen. So schlägt Prof. Spahn aus Frankfurt eine sog. "exchange rate normalization duty" vor. Die Steuer würde fällig, wenn der Wechselkurs eines Landes einen gewissen Interventionspunkt überschreitet. Steuerbasis wäre das Transaktionsvolumen, das mit diesem höheren Wechselkurs abgewickelt würde. Diese Steuer könnte ein einzelnes Land einführen, und sie würde spekulative Währungsattacken erheblich erschweren. Das betroffene Land könnte seine Währungsreserven schonen, wenn es den Kurs seiner Währung verteidigt, und es hätte obendrein noch Einnahmen aus der Steuer.

Offshore Finanzzentren (OFC).

Offshore Finanzzentren sind Sonder-Wirtschaftsgebiete, die sich u. a. auszeichnen durch einfache Regeln für die Gründung von Fonds und Banken, durch niedrige Steuersätze oder den völligen Verzicht auf Steuern und durch die strikte Wahrung des Bankgeheimnisses. Einschließlich der sog. Onshore-Finanzzentren wird die Zahl der Standorte mit Sonderregimen auf fast 100 geschätzt. Sie sind über die ganze Welt verteilt, von der Karibik über Luxemburg bis Singapur.

Diese Finanzzentren werden oft "Steuroasen" genannt, was ein Euphemismus ist. Die Bezeichnung "Zentren der internationalen Steuerkriminalität" erscheint absolut angemessen, da hier offensichtlich das Geld vermögender Kunden

dem Zugriff des heimischen Fiskus entzogen wird. Der Steuerausfall, der allein in der Bundesrepublik entsteht, wird vorsichtig auf rund 50 Milliarden DM geschätzt. Die vermeintlichen Steueroasen sind außerdem der ideale Nährboden für international organisierte Kriminalität. Am Beispiel der Offshore-Finanzzentren wird der staatsfeindliche Trend des Weltfinanzsystems besonders deutlich.

Entschuldung, Schiedsgerichtsbarkeit und Internationales Insolvenzrecht

Mitte der neunziger Jahre setzte sich die Einsicht durch, dass das traditionelle Krisenmanagement, das auf Umschuldungen und Neuverschuldungen hinauslief, sich im Falle der armen Entwicklungsländer als untauglich erwiesen hatte. Diese Länder würden ohne wenigstens einen Teilerlaß ihrer Schulden keine Chance für einen Neuanfang haben. Die im Jahr 1996 verkündete HIPC-Initiative (HIPC steht für heavily indebted poor countries) sah vor, dass den armen Ländern Schulden - und zwar einschließlich Schulden gegenüber dem IWF und der Weltbank, was ein Novum war - soweit erlassen würden, dass ihre Mittel für den Schuldendienst ausreichten und ihnen darüber hinaus Mittel für die Armutsbekämpfung blieben.

Die HIPC-Initiative von 1996 erwies sich als qualitativ und quantitativ völlig unzulänglich. Die Länder, die die Kriterien für die Initiative erfüllten, mussten sich obendrein durch die erfolgreiche Durchführung von Programmen zur Strukturanpassung qualifizieren. Bis zu 6 Jahren konnte es dauern, bis ein Land einen Schuldenerlaß erhielt. Auf dem Kölner G7-Gipfel im Juni 1999 wurde vereinbart, die Kriterien für eine tragfähige Schuldenlast weiter zu verringern, so dass nun nach der neuen sogenannten HIPC II - Initiative bis zu 36 der 41 HIPC-Länder mit einem Schuldenerlaß rechnen können. Die EAiD wird sich dafür einsetzen, daß die unter dem Druck der Erlaßjahr-2000-Kampagne erzielten Beschlüsse zügig umgesetzt werden.

Die EAiD wird die Umsetzung des Erreichten kritisch begleiten und auf eine Verringerung der Schuldenlast dringen. Sie wird sich auch für ein faires Schiedsverfahren im Umgang mit Schuldnerländern und für ein internationales Insolvenzrecht einsetzen. Banken und Regierungen sollen, wenn über Entschuldung verhandelt wird, nicht länger zugleich als Gläubiger und Richter auftreten und Grundsätze des Rechtsstaats, den sie selbst vehement fordern, im Umgang mit Schuldnern ständig verletzen.

Schlußbemerkungen

Die Bekämpfung der weltweiten Armut ist ein komplexes Thema. Die Aktionen müssen von allen gesellschaftlichen Kräften getragen werden, also von den internationalen Organisationen, den Regierungen der reichen sowie der armen Länder und von den Organisationen der zivilen Gesellschaft.

Die **Bundesregierung** setzt sich im Rahmen ihres "Aktionsprogramms 2015" vom April d. J. ein für die weltweite Halbierung der extremen Armut bis zum Jahr 2015, wie dies von der UN beschlossen wurde. Sie fordert die zügige Umsetzung der HIPC-Initiative, den Aufbau leistungsfähiger Finanzsysteme in den Entwicklungsländern und Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeitsweise und Stabilität der internationalen Finanzmärkte zu verbessern. Sie will dabei mit

der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Diese Bemühungen unterstützt die EAiD nach Kräften.

Die EAiD begrüßt die "**Milleniumserklärung der Staats- und Regierungschefs**" auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York im September 2000. Die Erklärung enthält ein Bekenntnis zu einem gerechteren Weltfinanzsystem, fair, transparent, regelgestützt, und sie fordert die rasche Umsetzung der Programme mit dem Ziel, die Schulden der armen Länder ganz oder teilweise zu erlassen.

Zur Stärkung der Vereinten Nationen soll die Generalversammlung als wichtigstes Beratungs-, richtliniengabendes und repräsentatives Organ bekräftigt und befähigt werden, diese Rolle wirksam wahrzunehmen. Dabei sieht sie feste Partnerschaften mit den Organisationen der Zivilgesellschaft vor. Die EAiD sieht ihre Aufgabe darin, die demokratischen Kräfte - auch im Europäischen Parlament - zu stärken und zusammen mit anderen NGOs die Umsetzung der Verpflichtungserklärungen einzufordern. Die kritische Begleitung des Geschehens auf unserer Erde wird immer mehr Bedeutung gewinnen. Und dazu wird die EAiD aufgrund ihrer vielseitigen Kompetenz ihren Beitrag leisten.

Hofgeismar, April 2001